

Bericht und Antrag

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)**
— Drucksache 7/3611 —

A. Problem

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten und der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und der Gemeinden an die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

B. Lösung

Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 werden die Bezüge linear um sechs v. H. erhöht. Ferner wird eine einmalige Zahlung bis zum Betrage von 100 DM gewährt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Jahr 1975 Mehrkosten von rd. 1 026,22 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

A. Bericht der Abgeordneten Berger und Liedtke

Der Gesetzentwurf wurde in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Mai 1975 an den Innenausschuß federführend und an den Haushaltsausschuß mitberatend sowie nach § 96 der Geschäftsordnung überwiesen. Der Innenausschuß hat seine Beratungen am 21. Mai 1975 vorbehaltlich der noch ausstehenden Stellungnahme des Haushaltsausschusses abgeschlossen. Die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu den Beschlüssen des Innenausschusses wird nachgetragen. Sein Bericht nach § 96 wird der Haushaltsausschuß gesondert erstatten.

Soweit der Innenausschuß die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage vorschlägt, wird auf ihre Begründung, Drucksache 7/3611 S. 22 ff., verwiesen.

Zu einzelnen Vorschriften

Artikel I § 8

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern ist für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf 5,8 v. H. und für das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 20. Dezember 1974 auf 0,5 v. H. festgestellt worden. Die Feststellung beruht auf einer Ist-Erhebung bei Bund und Ländern. Die im Gesetzentwurf offengelassenen Vomhundertsätze waren daher entsprechend einzusetzen.

Artikel II

§ 1 Abs. 2 wurde vom Ausschuß in terminologischer Anpassung an das Sonderzuwendungsgesetz neu gefaßt. § 1 Abs. 3 des Regierungsentwurfs wurde von der Ausschlußmehrheit gestrichen. Sie ist der Auffassung, daß die vom Bundesrat geltend gemachten Bedenken durchgreifen und eine unterschiedliche Behandlung von Beamten und Arbeitnehmern insoweit nicht zu rechtfertigen sei.

Der Ausschuß hat aber in Artikel V einen neuen § 1 b eingefügt, durch den sichergestellt werden soll, daß bis zur Verkündung des Gesetzes geleistete Zahlungen nicht zurückgefordert werden. Der bis-

herige Absatz 4 des § 1 wird durch die Streichung zum neuen Absatz 3 und bedurfte daher einer redaktionellen Neufassung.

Artikel IV Nr. 1 a

Der Ausschuß beschloß die Einfügung einer klarstellenden Ermächtigungsgrundlage für die Länder zur Regelung von Bürokostenabgeltung im Besoldungsgesetz. Durch die Vorschrift soll vermieden werden, daß es unter Ausnutzung von § 17 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des 2. BesVNG zur Schaffung von unechten — steuerpflichtigen — Aufwandsentschädigungen kommt.

In Nummer 2 der Regierungsvorlage war bezüglich des angeführten Paragraphen ein Druckfehler enthalten. Richtig muß es § 62 heißen.

Nummer 2 a sieht Änderungen der Anlage I Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes vor. Buchstabe a und Buchstabe h sind erforderlich geworden, weil die Bundesanstalt für Bodenforschung inzwischen in Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe umbenannt worden ist. Die Buchstaben b bis f sind Folgeänderungen aus der noch unmittelbar vor der Verabschiedung des 2. BesVNG vorgeschlagenen Einfügung der Amtsbezeichnung Leitender Ministerialrat in der Besoldungsgruppe B 3. Sie enthalten eingrenzende Funktionszusätze und eine Höchstgrenze für die Gesamtzahl der Planstellen in A 16, B 2 und B 3. Anregungen sind von den Ländern anläßlich der Beratung des 2. BesVNG im Bundesrat erfolgt.

Durch Buchstabe g soll dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 7. Mai 1975 Rechnung getragen werden, wonach das Bundeskriminalamt einen zweiten Vizepräsidenten mit Sitz in Bonn-Bad Godesberg erhalten soll. Buchstabe i bedeutet eine Klarstellung und Anpassung an die Regelung bei Besoldungsgruppe B 6 Fußnote 14.

In Nummer 10 muß es richtig „Artikel X“ heißen.

Artikel V

Der vorgeschlagene neue § 1 a ist eine Folge aus den vorgeschlagenen Änderungen des Artikels IV und dient der besseren Übersichtlichkeit des Bundesbesoldungsgesetzes. Zu § 1 b wird auf die vorgeschlagene Streichung in Artikel II § 1 verwiesen.

Bonn, den 22. Mai 1975

Berger Liedtke

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf — Drucksache 7/3611 — in der sich aus der anliegenden Zusammenstellung ergebenden Fassung anzunehmen,
2. die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen und Eingaben für erledigt zu erklären.

Bonn, den 22. Mai 1975

Der Innenausschuß

Dr. Schäfer (Tübingen)

Vorsitzender

Berger Liedtke

Berichterstatter

Zusammenstellung

des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

— Drucksache 7/3611 —

mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuß)

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

**Entwurf eines Vierten Gesetzes über die
Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern
(Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)**

**Entwurf eines Vierten Gesetzes über die
Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern
(Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

**Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern**

Artikel I

**Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern**

§ 1

An die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1281), zuletzt geändert durch das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3716), treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

§ 1

unverändert

§ 2

(1) Im Geltungsbereich des § 49 des Bundesbesoldungsgesetzes werden die nachfolgenden Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um sechs vom Hundert erhöht:

1. in den Besoldungsgruppen 8 und höher der Besoldungsordnungen B,
2. in den Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen für Hochschullehrer (einschließlich der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse),
3. in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen.

§ 2

unverändert

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Soweit die bisherigen Sätze mit Beträgen in Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnungen A und B übereinstimmen, gelten die Sätze nach Anlage 1 dieses Gesetzes. Im übrigen werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen mit Festgehältern mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Die Gehaltssätze einschließlich der ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Dritten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 1557) werden um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(2) § 2 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 4

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach landesrechtlichen Regelungen im Sinne des § 2 oder § 3 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 oder § 3 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

§ 3

unverändert

§ 4

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,8 vom Hundert erhöht.

§ 5

(1) An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(2) Absatz 1 gilt für die Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des in § 3 Abs. 1 genannten Gesetzes entsprechend.

(3) In § 12 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes werden die Worte „zweihundertneunundneunzig“ und „zweihunderachtundsiebzig“ ersetzt durch die Worte „dreihundertsiebzehn“ und „zweihundertfünfundneunzig“.

§ 6

An die Stelle der Sätze der Auslandszulage in der Anlage III des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 3 dieses Gesetzes.

§ 7

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 4 dieses Gesetzes.

§ 8

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 1975 (Bundesgesetzbl. I S. . . .) wird für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf . . . vom Hundert und für das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3716) auf . . . vom Hundert festgestellt.

Artikel II
Einmalige Zahlung

§ 1

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1975 vorhandenen Empfänger von Dienst-

§ 5

unverändert

§ 6

unverändert

§ 7

unverändert

§ 8

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 1975 (Bundesgesetzbl. I S. . . .) wird für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf **5,8** vom Hundert und für das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3716) auf **0,5** vom Hundert festgestellt.

Artikel II
Einmalige Zahlung

§ 1

(1) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

bezügen (§§ 1, 49 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis 30. April 1975 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 7 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis gestanden und
2. für mindestens einen Tag im Monat April 1975 Dienstbezüge erhalten

haben.

(2) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 gelten auch als erfüllt, wenn ein am 1. April 1975 vorhandener *Empfänger von Dienstbezügen* vor dem 1. Mai 1975 aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde ausscheidet. Satz 1 gilt entsprechend, wenn eine Berechtigte wegen Schwangerschaft oder Niederkunft ausscheidet.

(3) *Die Anwendung des Absatzes 1 Nr. 2 wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein Berechtigter für den Monat April 1975 deshalb keinen Anspruch auf Dienstbezüge hatte, weil er zur Ableistung des Wehrdienstes oder des Zivildienstes einberufen oder als Sanitätsoffizieranwärter ohne Geld- und Sachbezüge beurlaubt worden war.*

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 2

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen einhundert Deutsche Mark.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Dienstbezüge zu den vollen Dienstbezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so findet § 2 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. April 1975.

(2) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 gelten auch als erfüllt, wenn ein am 1. April 1975 vorhandener **Berechtigter** vor dem 1. Mai 1975 aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde ausscheidet. Satz 1 gilt entsprechend, wenn eine Berechtigte wegen Schwangerschaft oder Niederkunft ausscheidet.

Absatz 3 entfällt

(4) Die Absätze 1 **und 2** gelten für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 2

u n v e r ä n d e r t

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

§ 3

§ 3

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1975 vorhandenen

unverändert

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (Artikel I § 4 Abs. 1 bis 4) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von einhundert Deutsche Mark ergibt,
2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Artikels I § 4 Abs. 5 in Höhe von sechzig Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von sechsunddreißig Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von zwölf Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von sieben Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat April 1975 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrunde liegen.

§ 4

§ 4

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

unverändert

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen geht der Anspruch aus dem zuletzt begründeten Dienstverhältnis vor. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 158 Abs. 5 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

Entwurf

Artikel III

Änderung des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1273), geändert durch das Dritte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1557), treten die Sätze der Anlage 5 dieses Gesetzes.

Artikel IV

Änderung des 2. BesVNG

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 1975 (Bundesgesetzbl. I S.) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel I § 39 Abs. 2 werden die Zahlen „311“ und „290“ ersetzt durch die Zahlen „330“ und „308“.
2. in Artikel I § 65 Abs. 2 wird das Wort „zweiundfünfzig“ ersetzt durch das Wort „dreiundsechzig“.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Artikel III

unverändert

Artikel IV

Änderung des 2. BesVNG

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 1975 (Bundesgesetzbl. I S.) wird wie folgt geändert:

1. unverändert
- 1a. in Artikel I § 49 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Abgeltung der den Gerichtsvollziehern für die Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung eines Büros entstehenden Kosten zu regeln. Die Ermächtigung kann auf den zuständigen Minister übertragen werden.“
2. in Artikel I § 62 Abs. 2 wird das Worte „zweiundfünfzig“ ersetzt durch das Wort „dreiundsechzig“.
- 2a. in Artikel I wird die Anlage I Bundesbesoldungsordnungen A und B wie folgt geändert:
 - a) in der Vorbemerkung Nummer 2 Abs. 1 werden die Worte „Bundesanstalt für Bodenforschung“ durch die Worte „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ ersetzt,
 - b) in der Fußnote ⁴⁾ zur Besoldungsgruppe B 2 und der Fußnote ¹³⁾ zur Besoldungsgruppe B 3 werden jeweils hinter den Worten „für“ die Worte „Leitende Ministerialräte in der Besoldungsgruppe B 3 und für“ eingefügt,
 - c) die Fußnote ⁶⁾ zur Besoldungsgruppe B 2 und die Fußnote ¹⁶⁾ zur Besoldungsgruppe B 3 erhalten folgenden Wortlaut:

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- „a) In Berlin darf die Zahl der Planstellen für Leitende Senatsräte in der Besoldungsgruppe B 3 und für Senatsräte in den Besoldungsgruppen B 2 und B 3 zusammen 60 vom Hundert der Gesamtzahl der für Leitende Senatsräte in der Besoldungsgruppe B 3 und für Senatsräte ausgebrachten Planstellen nicht überschreiten.
- b) In Bremen darf die Zahl der Planstellen für Senatsräte in den Besoldungsgruppen B 2 und B 3 zusammen 60 vom Hundert der Gesamtzahl der für Senatsräte ausgebrachten Planstellen nicht überschreiten.“,
- d) in der Besoldungsgruppe B 3 werden die Amtsbezeichnung „Leitender Ministerialrat — bei einer obersten Landesbehörde — ²⁰⁾“ ersetzt durch die Amtsbezeichnung
- „Leitender Ministerialrat ¹³⁾
- bei einer obersten Landesbehörde (ausgenommen Stadtstaaten)
- als Leiter einer Abteilung, ²⁰⁾
- als Leiter einer Unterabteilung oder als Leiter einer auf Dauer eingerichteten Gruppe von Referaten, ²⁰⁾
- als der ständige Vertreter eines Abteilungsleiters, soweit kein Unterabteilungsleiter oder Gruppenleiter vorhanden ist — ²⁰⁾“
- die Amtsbezeichnung
- „Leitender Senatsrat ¹⁶⁾
- in Berlin bei einer obersten Landesbehörde
- als Leiter einer Abteilung, ²⁰⁾
- als Leiter einer Unterabteilung, ²⁰⁾
- als der ständige Vertreter eines Abteilungsleiters, soweit kein Unterabteilungsleiter vorhanden ist — ²⁰⁾“
- eingefügt,
- die Fußnote ²⁰⁾ wie folgt neu gefaßt:
- „²⁰⁾ Soweit die Funktion nicht einem in eine höhere oder niedrigere Besoldungsgruppe eingestuftem Amt zugeordnet ist.“,
- e) in den Besoldungsgruppen B 3 und B 4 werden jeweils bei der Amtsbezeichnung „Regierungsvizepräsident“ hinter dem Wort „Regierungspräsident“ der Funktionsbezeichnung die Worte „oder Präsidenten eines Niedersächsischen Verwaltungsbezirks“ eingefügt,
- f) in der Besoldungsgruppe B 4 werden bei der Amtsbezeichnung „Senatsdirektor“ die Worte „B 6 oder“ in der Funktionsbezeichnung gestrichen,

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- | | |
|---|--|
| | <p>g) in der Besoldungsgruppe B 6 werden die Worte „Vizepräsident des Bundeskriminalamtes“ durch die Worte „Vizepräsident beim Bundeskriminalamt“ ersetzt,</p> <p>h) in der Besoldungsgruppe B 7 werden die Worte „Präsident und Professor der Bundesanstalt für Bodenforschung“ durch die Worte „Präsident und Professor der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ ersetzt,</p> <p>i) in der Besoldungsgruppe B 9 wird in der Fußnote ³⁾ das Wort „Erhält“ durch die Worte „Der beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amt befindliche Stelleninhaber erhält“ ersetzt.</p> |
| <p>3. in Artikel I Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 1 werden in Absatz 1 die Zahl „1 226“ durch die Zahl „1 300“ und in Absatz 2 die Zahl „613“ durch die Zahl „650“ ersetzt,</p> | <p>3. unverändert</p> |
| <p>4. in Artikel I Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 2 werden in Absatz 1 die Zahlen „2 082“ und „1 714“ durch die Zahlen „2 207“ und „1 817“ sowie in Absatz 2 die Zahl „1 041“ durch die Zahl „1 103“ ersetzt,</p> | <p>4. unverändert</p> |
| <p>5. an die Stelle der Grundgehaltssätze in Artikel I Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 6 dieses Gesetzes,</p> | <p>5. unverändert</p> |
| <p>6. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in Artikel I Anlage V treten die Sätze in der Anlage 7 dieses Gesetzes,</p> | <p>6. unverändert</p> |
| <p>7. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in Artikel I Anlagen VI a bis VI e und des Auslandskinderschulzuschlages in Artikel I Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 8 a bis 8 f dieses Gesetzes,</p> | <p>7. unverändert</p> |
| <p>8. an die Stelle der Sätze der Zulage in Artikel I Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 9 dieses Gesetzes,</p> | <p>8. unverändert</p> |
| <p>9. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbeleges und des Anwärterverheiratetenzuschlages in Artikel I Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 10 dieses Gesetzes,</p> | <p>9. unverändert</p> |
| <p>10. In Artikel IX § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „613“ und „1 226“ durch die Zahlen „650“ und „1 300“ ersetzt.</p> | <p>10. in Artikel X § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „613“ und „1 226“ durch die Zahlen „650“ und „1 300“ ersetzt.</p> |

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Artikel V
SchlußvorschriftenArtikel V
Schlußvorschriften

§ 1

§ 1

Berlin-Klausel

unverändert

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 1 a

Überleitungen

Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, die nach Artikel IV Nr. 2 a dieses Gesetzes unmittelbar eintretenden Änderungen von Amtsbezeichnungen in einer Überleitungsübersicht festzustellen.

§ 1 b

Soweit die einmalige Zahlung nach Artikel II dieses Gesetzes bis zum Tage der Verkündung dieses Gesetzes auch an Empfänger von Dienstbezügen geleistet worden ist, die für den Monat April 1975 deshalb keinen Anspruch auf Dienstbezüge hatten, weil sie zur Ableistung des Wehrdienstes oder des Zivildienstes einberufen, oder als Sanitätsoffiziersanwärter ohne Geld- und Sachbezüge beurlaubt worden waren, verbleibt es dabei.

§ 2

§ 2

Inkrafttreten

unverändert

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten Artikel I § 8 und Artikel IV am 1. Juli 1975 in Kraft.

Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe							
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	II	670,03	694,27	718,51	742,75	766,99	791,23	815,47	839,71
2		713,31	737,55	761,79	786,03	810,27	834,51	858,75	882,99
3		768,58	794,18	819,78	845,38	870,98	896,58	922,18	947,78
4		800,01	829,62	859,23	888,84	918,45	948,06	977,67	1 007,28
5		830,26	864,01	897,76	931,51	965,26	999,01	1 032,76	1 066,51
6		882,65	917,64	952,63	987,62	1 022,61	1 057,60	1 092,59	1 127,58
7		958,60	993,59	1 028,58	1 063,57	1 098,56	1 133,55	1 168,54	1 203,53
8		1 006,85	1 049,97	1 093,09	1 136,21	1 179,33	1 222,45	1 265,57	1 308,69
9	I c	1 133,58	1 178,07	1 222,56	1 267,05	1 312,36	1 361,74	1 411,12	1 460,50
10		1 244,15	1 305,48	1 366,81	1 428,14	1 489,47	1 550,80	1 612,13	1 673,46
11		1 449,51	1 512,35	1 575,19	1 638,03	1 700,87	1 763,71	1 826,55	1 889,39
12		1 578,67	1 653,60	1 728,53	1 803,46	1 878,39	1 953,32	2 028,25	2 103,18
13	I b	1 788,90	1 869,79	1 950,68	2 031,57	2 112,46	2 193,35	2 274,24	2 355,13
14		1 841,21	1 946,10	2 050,99	2 155,88	2 260,77	2 365,66	2 470,55	2 575,44
15		2 076,19	2 191,4	2 306,79	2 422,09	2 537,39	2 652,69	2 767,99	2 883,29
16		2 307,74	2 441,08	2 574,42	2 707,76	2 841,10	2 974,44	3 107,78	3 241,12

Besoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	DM
1	I b	3 690,39
2		4 376,86
3	I a	4 579,19
4		4 883,56
5		5 232,75
6		5 562,49
7		5 883,24
8		6 217,58
9		6 632,70
10		7 921,77
11		8 648,75

							Dienstalterszulage
9	10	11	12	13	14	15	
863,95							24,24
907,23	931,47						24,24
973,38	998,98						25,60
1 036,89	1 066,50						29,61
1 100,26	1 134,01						33,75
1 162,57	1 197,56	1 232,55					34,99
1 238,52	1 273,51	1 308,50	1 344,78	1 383,61			34,99/36,28/38,83
1 354,03	1 401,88	1 449,73	1 497,58	1 545,43			43,12/45,34/47,85
1 509,88	1 559,26	1 608,64	1 658,02	1 707,40			44,49/45,31/49,38
1 734,79	1 796,12	1 857,45	1 918,78	1 980,11			61,33
1 952,23	2 015,07	2 077,91	2 140,75	2 203,59	2 266,43		62,84
2 178,11	2 253,04	2 327,97	2 402,90	2 477,83	2 552,76		74,93
2 436,02	2 516,91	2 597,80	2 678,69	2 759,58	2 840,47		80,89
2 680,33	2 785,22	2 890,11	2 995,00	3 099,89	3 204,78		104,89
2 998,59	3 113,89	3 229,19	3 344,49	3 459,79	3 575,09	3 690,39	115,30
3 374,46	3 507,80	3 641,14	3 774,48	3 907,82	4 041,16	4 174,50	133,34

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder
I a	B 3 bis B 11	564,19	670,66	747,66	821,25
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16	475,94	581,24	658,24	731,83
I c	A 9 bis A 12	422,99	513,59	590,59	664,18
II	A 1 bis A 8	394,16	486,53	563,53	637,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 80,60 DM.

Anlage 2

Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
855,39	920,10	984,81	1 065,41
765,97	830,68	895,39	975,99
698,32	763,03	827,74	908,34
671,26	735,97	800,68	881,28

Anlage 3

Auslandszulage (§ 25)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Zone									
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
A 1 bis A 4	695	755	825	960	1 030	1 090	1 225	1 360	1 490	1 630
A 5 / A 6	745	825	900	1 040	1 115	1 190	1 325	1 465	1 605	1 735
A 7 / A 8	815	885	970	1 120	1 200	1 280	1 435	1 570	1 705	1 840
A 9	880	965	1 055	1 210	1 290	1 380	1 535	1 690	1 820	1 955
A 10	960	1 055	1 145	1 305	1 400	1 485	1 665	1 820	1 955	2 090
A 11	1 040	1 140	1 235	1 405	1 505	1 605	1 790	1 955	2 090	2 220
A 12	1 125	1 225	1 335	1 505	1 610	1 715	1 915	2 090	2 220	2 355
A 13	1 200	1 315	1 435	1 605	1 715	1 830	2 040	2 220	2 355	2 485
A 14	1 280	1 400	1 515	1 705	1 820	1 945	2 175	2 355	2 485	2 615
A 15	1 355	1 480	1 610	1 800	1 925	2 055	2 290	2 485	2 615	2 750
A 16 bis B 4	1 430	1 560	1 690	1 885	2 015	2 155	2 400	2 595	2 725	2 850
B 5 bis B 7	1 500	1 640	1 780	1 985	2 115	2 260	2 520	2 725	2 850	2 985
B 8 und höher	1 585	1 725	1 870	2 080	2 225	2 370	2 645	2 850	2 985	3 120

Anlage 4

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen
Republik**

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amts- bereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
	Monatsbeträge in DM	
A 1	685	615
A 2	695	615
A 3	705	625
A 4	730	635
A 5	830	715
A 6	845	730
A 7	935	810
A 8	960	820
A 9	1 085	915
A 10	1 225	1 030
A 11	1 375	1 145
A 12	1 570	1 290
A 13	1 650	1 360
A 14	1 785	1 475
A 15	2 005	1 640
A 16	2 200	1 770
B 3	2 270	1 770
B 6	2 560	1 965
B 9 und höher	2 880	2 155

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 30 a Abs. 1 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Zulage nach Artikel IV des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

Besoldungsgruppe	Monatsbeträge in DM
A 1	340
A 2	340
A 3	365
A 4	385
A 5	415
A 6	435
A 7	445
A 8	470
A 9	530
A 10	590
A 11	645
A 12	715
A 13	800
A 14	835
A 15	975
A 16	1 120
B 3	1 350
B 6	1 590

Anlage 6

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe							
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	II	670,03	694,27	718,51	742,75	766,99	791,23	815,47	839,71
2		713,31	737,55	761,79	786,03	810,27	834,51	858,75	882,99
3		768,58	794,18	819,78	845,38	870,98	896,58	922,18	947,78
4		800,01	829,62	859,23	888,84	918,45	948,06	977,67	1 007,28
5		830,26	864,01	897,76	931,51	965,26	999,01	1 032,76	1 066,51
6		882,65	917,64	952,63	987,62	1 022,61	1 057,60	1 092,59	1 127,58
7		958,60	993,59	1 028,58	1 063,57	1 098,56	1 133,55	1 168,54	1 203,53
8		1 006,85	1 049,97	1 093,09	1 136,21	1 179,33	1 222,45	1 265,57	1 308,69
9	I c	1 133,58	1 178,07	1 222,56	1 267,05	1 312,36	1 361,74	1 411,12	1 460,50
10		1 244,15	1 305,48	1 366,81	1 428,14	1 489,47	1 550,80	1 612,13	1 673,46
11		1 449,51	1 512,35	1 575,19	1 638,03	1 700,87	1 763,71	1 826,55	1 889,39
12		1 578,67	1 653,60	1 728,53	1 803,46	1 878,39	1 953,32	2 028,25	2 103,18
13	I b	1 788,90	1 869,79	1 950,68	2 031,57	2 112,46	2 193,35	2 274,24	2 355,13
14		1 841,21	1 946,10	2 050,99	2 155,88	2 260,77	2 365,66	2 470,55	2 575,44
15		2 076,19	2 191,49	2 306,79	2 422,09	2 537,39	2 652,69	2 767,99	2 883,29
16		2 307,74	2 441,08	2 574,42	2 707,76	2 841,10	2 974,44	3 107,78	3 241,12

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	DM
1	I b	3 690,39
2		4 376,86
3	I a	4 579,19
4		4 883,56
5		5 232,75
6		5 562,49
7		5 883,24
8		6 217,58
9		6 632,70
10		7 921,77
11		8 648,75

9	10	11	12	13	14	15	Dienstalterszulage
863,95							24,24
907,23	931,47						24,24
973,38	998,98						25,60
1 036,89	1 066,50						29,61
1 100,26	1 134,01						33,75
1 162,57	1 197,56	1 232,55					34,99
1 238,52	1 273,51	1 308,50	1 344,78	1 383,61			34,99/36,28/38,83
1 354,03	1 401,88	1 449,73	1 497,56	1 545,43			43,12/45,34/47,85
1 509,88	1 559,26	1 608,64	1 658,02	1 707,40			44,49/45,31/49,38
1 734,79	1 796,12	1 857,45	1 918,78	1 980,11			61,33
1 952,23	2 015,07	2 077,91	2 140,75	2 203,39	2 266,43		62,84
2 178,11	2 253,04	2 327,97	2 402,90	2 477,83	2 552,76		74,93
2 436,02	2 516,91	2 597,80	2 678,69	2 759,58	2 840,47		80,89
2 680,33	2 785,22	2 890,11	2 995,00	3 099,89	3 204,78		104,89
2 998,59	3 113,89	3 229,19	3 344,49	3 459,79	3 575,09	3 690,39	115,30
3 374,46	3 507,80	3 641,14	3 774,48	3 907,82	4 041,16	4 174,50	133,34

Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	Stufe 1		2 365,66			Stufe 2	
C 2	I b	1 839,73	1 971,92	2 104,11	2 236,30	2 368,49	2 500,68	2 632,87
C 3		2 079,26	2 228,92	2 378,58	2 528,24	2 677,90	2 827,56	2 977,22
C 4	I a	2 693,06	2 843,50	2 993,94	3 144,38	3 294,82	3 445,26	3 595,70

Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Stufe	1	2	3	4	5	6
		Lebens- alter	31	33	35	37	39	41
R 1	I b		2 317,94	2 482,66	2 647,38	2 812,10	2 976,82	3 141,54
R 2			2 712,10	2 876,82	3 041,54	3 206,26	3 370,98	3 535,70

R 3	I a	4 579,19
R 4		4 883,56
R 5		5 232,75
R 6		5 562,49
R 7		5 883,24
R 8		6 217,58
R 9		6 632,70
R 10		8 289,25

2 470,55								Stufe 3		2 575,44	
Dienstaltersstufe										Dienstalters- zulage	
8	9	10	11	12	13	14	15				
2 765,06	2 897,25	3 029,44	3 161,63	3 293,82	3 426,01	3 558,20	3 690,39			132,19	
3 126,88	3 276,54	3 426,20	3 575,86	3 725,52	3 875,18	4 024,84	4 174,50			149,66	
3 746,14	3 896,58	4 047,02	4 197,46	4 347,90	4 498,34	4 648,78	4 799,22			150,44	

7	8	9	10	Lebensalters- zulage
43	45	47	49	
3 306,26	3 470,98	3 635,70	3 800,42	164,72
3 700,42	3 865,14	4 029,86	4 194,58	164,72

Anlage 7

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	564,19	670,66	747,66	821,25
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	475,94	581,24	658,24	731,83
I c	A 9 bis A 12	422,99	513,59	590,59	664,18
II	A 1 bis A 8	394,16	486,53	563,53	637,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 80,60 DM.

Anlage 8 a

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	639	767	895	1 023	1 151	1 279	1 407	1 535	1 663	1 791	1 919	2 047
A 5 bis A 6	733	869	1 005	1 141	1 277	1 413	1 549	1 685	1 821	1 957	2 093	2 229
A 7 bis A 8	830	979	1 128	1 277	1 426	1 575	1 724	1 873	2 022	2 171	2 320	2 469
A 9	980	1 140	1 300	1 460	1 620	1 780	1 940	2 100	2 260	2 420	2 580	2 740
A 10	1 112	1 279	1 446	1 613	1 780	1 947	2 114	2 281	2 448	2 615	2 782	2 949
A 11	1 223	1 399	1 575	1 751	1 927	2 103	2 279	2 455	2 631	2 807	2 983	3 159
A 12	1 360	1 545	1 730	1 915	2 100	2 285	2 470	2 655	2 840	3 025	3 210	3 395
A 13	1 498	1 692	1 886	2 080	2 274	2 468	2 662	2 856	3 050	3 244	3 438	3 632
A 14	1 627	1 826	2 025	2 224	2 423	2 622	2 821	3 020	3 219	3 418	3 617	3 816
A 15	1 816	2 030	2 244	2 458	2 672	2 886	3 100	3 314	3 528	3 742	3 956	4 170
A 16 bis B 2	1 957	2 186	2 415	2 644	2 873	3 102	3 331	3 560	3 789	4 018	4 247	4 476
B 3 bis B 4	1 987	2 231	2 475	2 719	2 963	3 207	3 451	3 695	3 939	4 183	4 427	4 671
B 5 bis B 7	2 207	2 476	2 745	3 014	3 283	3 552	3 821	4 090	4 359	4 628	4 897	5 166
B 8 und höher	2 414	2 722	3 030	3 338	3 646	3 954	4 262	4 570	4 878	5 186	5 494	5 802

Anlage 7

Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
855,39	920,10	984,81	1 065,41
765,97	830,68	895,39	975,99
698,32	763,03	827,74	908,34
671,26	735,97	800,68	881,28

Anlage 8 b

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	543	652	761	870	979	1 088	1 197	1 306	1 415	1 524	1 633	1 742
A 5 bis A 6	623	739	855	971	1 087	1 203	1 319	1 435	1 551	1 667	1 783	1 899
A 7 bis A 8	706	833	960	1 087	1 214	1 341	1 468	1 595	1 722	1 849	1 976	2 103
A 9	833	969	1 105	1 241	1 377	1 513	1 649	1 785	1 921	2 057	2 193	2 329
A 10	945	1 087	1 229	1 371	1 513	1 655	1 797	1 939	2 081	2 223	2 365	2 507
A 11	1 040	1 190	1 340	1 490	1 640	1 790	1 940	2 090	2 240	2 390	2 540	2 690
A 12	1 156	1 313	1 470	1 627	1 784	1 941	2 098	2 255	2 412	2 569	2 726	2 883
A 13	1 273	1 438	1 603	1 768	1 933	2 098	2 263	2 428	2 593	2 758	2 923	3 088
A 14	1 383	1 552	1 721	1 890	2 059	2 228	2 397	2 566	2 735	2 904	3 073	3 242
A 15	1 544	1 726	1 908	2 090	2 272	2 454	2 636	2 818	3 000	3 182	3 364	3 546
A 16 bis B 2	1 663	1 858	2 053	2 248	2 443	2 638	2 833	3 028	3 223	3 418	3 613	3 808
B 3 bis B 4	1 689	1 896	2 103	2 310	2 517	2 724	2 931	3 138	3 345	3 552	3 759	3 966
B 5 bis B 7	1 876	2 105	2 334	2 563	2 792	3 021	3 250	3 479	3 708	3 937	4 166	4 395
B 8 und höher	2 052	2 314	2 576	2 838	3 100	3 362	3 624	3 886	4 148	4 410	4 672	4 934

Anlage 8 c

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	447	537	627	717	807	897	987	1 077	1 167	1 257	1 347	1 437
A 5 bis A 6	513	608	703	798	893	988	1 083	1 178	1 273	1 368	1 463	1 558
A 7 bis A 8	581	685	789	893	997	1 101	1 205	1 309	1 413	1 517	1 621	1 725
A 9	686	798	910	1 022	1 134	1 246	1 358	1 470	1 582	1 694	1 806	1 918
A 10	778	895	1 012	1 129	1 246	1 363	1 480	1 597	1 714	1 831	1 948	2 065
A 11	856	979	1 102	1 225	1 348	1 471	1 594	1 717	1 840	1 963	2 086	2 209
A 12	952	1 082	1 212	1 342	1 472	1 602	1 732	1 862	1 992	2 122	2 252	2 382
A 13	1 049	1 185	1 321	1 457	1 593	1 729	1 865	2 001	2 137	2 273	2 409	2 545
A 14	1 139	1 278	1 417	1 556	1 695	1 834	1 973	2 112	2 251	2 390	2 529	2 668
A 15	1 271	1 421	1 571	1 721	1 871	2 021	2 171	2 321	2 471	2 621	2 771	2 921
A 16 bis B 2	1 370	1 530	1 690	1 850	2 010	2 170	2 330	2 490	2 650	2 810	2 970	3 130
B 3 bis B 4	1 391	1 562	1 733	1 904	2 075	2 246	2 417	2 588	2 759	2 930	3 101	3 272
B 5 bis B 7	1 545	1 733	1 921	2 109	2 297	2 485	2 673	2 861	3 049	3 237	3 425	3 613
B 8 und höher	1 690	1 906	2 122	2 338	2 554	2 270	2 986	3 202	3 418	3 634	3 850	4 066

Anlage 8 d

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 4)
— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	313	376	439	502	565	628	691	754	817	880	943	1 006
A 5 bis A 6	359	426	493	560	627	694	761	828	895	962	1 029	1 096
A 7 bis A 8	407	480	553	626	699	772	845	918	991	1 064	1 137	1 210
A 9	480	558	636	714	792	870	948	1 026	1 104	1 182	1 260	1 338
A 10	545	627	709	791	873	955	1 037	1 119	1 201	1 283	1 365	1 447
A 11	599	685	771	857	943	1 029	1 115	1 201	1 287	1 373	1 459	1 545
A 12	666	757	848	939	1 030	1 121	1 212	1 303	1 394	1 485	1 576	1 667
A 13	734	829	924	1 019	1 114	1 209	1 304	1 399	1 494	1 589	1 684	1 779
A 14	797	894	991	1 088	1 185	1 282	1 379	1 476	1 573	1 670	1 767	1 864
A 15	890	995	1 100	1 205	1 310	1 415	1 520	1 625	1 730	1 835	1 940	2 045
A 16 bis B 2	959	1 071	1 183	1 295	1 407	1 519	1 631	1 743	1 855	1 967	2 079	2 191
B 3 bis B 4	974	1 094	1 214	1 334	1 454	1 574	1 694	1 814	1 934	2 054	2 174	2 294
B 5 bis B 7	1 082	1 214	1 346	1 478	1 610	1 742	1 874	2 006	2 138	2 270	2 402	2 534
B 8 und höher	1 183	1 334	1 485	1 636	1 787	1 938	2 089	2 240	2 391	2 542	2 693	2 844

Auslandszuschlag (§ 58 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	380	456	532	608	684	760	836	912	988	1 064	1 140	1 216
A 5 bis A 6	436	517	598	679	760	841	922	1 003	1 084	1 165	1 246	1 327
A 7 bis A 8	494	582	670	758	846	934	1 022	1 110	1 198	1 286	1 374	1 462
A 9	583	678	773	868	963	1 058	1 153	1 248	1 343	1 438	1 533	1 628
A 10	661	760	859	958	1 057	1 156	1 255	1 354	1 453	1 552	1 651	1 750
A 11	728	833	938	1 043	1 148	1 253	1 358	1 463	1 568	1 673	1 778	1 883
A 12	809	920	1 031	1 142	1 253	1 364	1 475	1 586	1 697	1 808	1 919	2 030
A 13	892	1 008	1 124	1 240	1 356	1 472	1 588	1 704	1 820	1 936	2 052	2 168
A 14	968	1 086	1 204	1 322	1 440	1 558	1 676	1 794	1 912	2 030	2 148	2 266
A 15	1 080	1 208	1 336	1 464	1 592	1 720	1 848	1 976	2 104	2 232	2 360	2 488
A 16 bis B 2	1 165	1 301	1 437	1 573	1 709	1 845	1 981	2 117	2 253	2 389	2 525	2 661
B 3 bis B 4	1 182	1 327	1 472	1 617	1 762	1 907	2 052	2 197	2 342	2 487	2 632	2 777
B 5 bis B 7	1 313	1 473	1 633	1 793	1 953	2 113	2 273	2 433	2 593	2 753	2 913	3 073
B 8 und höher	1 437	1 621	1 805	1 989	2 173	2 357	2 541	2 725	2 909	3 093	3 277	3 461

Auslandskinderzuschlag (§ 59)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1 bis A 16	122	140	158	176	194	212	230	248	266	284	302	320
1 bis B 11												

Der Betrag erhöht sich für das erste Kind um 50 DM,
für das zweite Kind um 70 DM,
für das dritte und jedes weitere Kind um 120 DM.

Anlage 9

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen
Republik**

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amts- bereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
	Monatsbeträge in DM	
A 1	685	615
A 2	695	615
A 3	705	625
A 4	730	635
A 5	830	715
A 6	845	730
A 7	935	810
A 8	960	820
A 9	1 085	915
A 10	1 225	1 030
A 11	1 375	1 145
A 12	1 570	1 290
A 13	1 650	1 360
A 14	1 785	1 475
A 15	2 005	1 640
A 16	2 200	1 770
R 3	2 270	1 770
B 6	2 560	1 965
B 9 und höher	2 880	2 155

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 48 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag**
(Monatsbeträge)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Grundbetrag nach Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Verheirateten- zuschlag DM
A 1 bis A 4	598	672	190
A 5 bis A 8	718	818	219
A 9 bis A 11	847	964	253
A 12	1 082	1 219	278
A 13	1 121	1 261	283
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG oder R 1	1 161	1 303	287